

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Französische Regierungskrise neuen Musters

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Französische Regierungskrise neuen Musters, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 6, pp. 345-346

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131727>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Französische Regierungskrise neuen Musters

Regierungskrisen wiederholen sich in Frankreich zu oft, um international für ihre innerpolitischen Hintergründe noch beachtet zu werden. Die Ereignisse, die dem Sturz der Regierung René Mayer am 20. Mai folgten, bewegten sich jedoch außerhalb der gewohnten Bahnen und könnten geeignet sein, zum Wendepunkt der parlamentarischen Entwicklung in Frankreich zu werden. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen verdienen sie auch außerhalb der französischen Grenzen Interesse.

Die beiden ersten Nachfolgekandidaten, Paul Reynaud und Pierre Mendès-France, änderten zunächst die Methode. Unter Verzicht auf langwierige Vorbesprechungen mit den einzelnen Parteien, die sehr oft über unschönes Feilschen zu wirkungslosen Kompromißlösungen führten, beschäftigten sie sich fast ausschließlich mit der Überprüfung der gegebenen Verhältnisse und Schwierigkeiten, um dann in ihrer Regierungserklärung ihre sich daraus ergebenden persönlichen Überzeugungen und Schlußfolgerungen zu kondensieren. Die Parteileitungen verziehen es ihnen nicht, übergegangen worden zu sein.

Reynaud und Mendès-France kommen aus völlig verschiedenen politischen Lagern, sie haben sehr wenig miteinander gemein, was sie nicht daran hinderte, vor dem Parlament die gleiche Sprache zu sprechen und für die meisten wichtigen Gebiete in ihren großen Zügen gleichartige Lösungen vorzuschlagen. Selbst dort, wo noch Meinungsverschiedenheiten bestanden, wie für den Fall Indochina, hatten die leidenschaftsfreien Beobachter das Gefühl, daß eine Verständigung zwischen den zwei Persönlichkeiten alles andere als unmöglich gewesen wäre. Diese Übereinstimmung der fähigsten Politiker der gemäßigten Linken und des aufgeschlossenen Konservatismus wurde als überzeugender Beweis der Notwendigkeit empfunden, zur Rettung Frankreichs bestimmte, sachlich bedingte Maßnahmen zu ergreifen, die über den politischen

Schattierungen stehen und vor allen Dingen außerhalb der parteitaktischen Demagogie.

Vor dem Parlament sprachen sich Reynaud und Mendès-France mit Offenheit und Mut über die französischen Verhältnisse aus. Sie sagten nichts Ungewöhnliches, kaum Dinge, die man nicht schon irgendwie gehört hätte. Neu war hauptsächlich ihr Wille, der Vorherrschaft der Interessengruppen ein Ende zu bereiten und die notwendigen Opfer überall da zu verlangen, wo sie gebracht werden können, sei es in den Reihen der eigenen Wähler, sei es im Lager der politischen Gegner. Sie scheuten vor allem nicht davor zurück, ihre Erfolgsaussichten durch unbedingte Treue zu ihren wirtschaftlichen und politischen Erkenntnissen aufs Spiel zu setzen. Ohne seine Forderung nach automatischer Parlamentsauflösung zur Sicherung der Regierungsstabilität gegen taktische Quertreibereien hätte Reynaud, der mit Recht oder Unrecht als ehrgeiziger Mann gilt und gerne vor seinem Lebensabend noch einmal Ministerpräsident werden möchte, in der Pariser Kammer eine Mehrheit finden können. Bei etwas mehr Zurückhaltung in der indochinesischen Frage hätten Mendès-France die letzten 13 Stimmen zu seinem Erfolg nicht gefehlt. Es ging aber diesmal bei der französischen Regierungskrise nicht mehr um parteipolitische Erfolge, noch um persönlichen Ehrgeiz, sondern um die klare Herausarbeitung der gegebenen Verantwortung und der unentbehrlichen Erneuerungsentschlossenheit.

In dieser Blickrichtung dürfen Reynaud und Mendès-France mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Das Gefüge der traditionellen Parteien ist ins Wanken gekommen. Bei beiden Abstimmungen und den ihnen vorausgehenden Diskussionen machten sich Spaltungen in allen Parteien geltend. Nur die Sozialisten blieben der Parteidisziplin treu, woraus man nicht auf das Fehlen grundlegender Meinungsverschiedenheiten schließen darf.

Die Begriffe links und rechts verloren im französischen politischen Schaubild ihren Sinn. Soweit von einer Rechten und einer Linken die Rede sein kann, sind beide Tendenzen in fast allen Gruppen vertreten, selbst bei den Sozialisten, deren Parlamentarier man sich zu einem Teil sehr wohl im konservativen Lager vorstellen könnte, selbst bei den im allgemeinen sehr konservativen Unabhängigen, wo es betont fortschrittliche Politiker gibt, die einen Platz auf der Linken einnehmen dürften.

Es ist nun zu erwarten, daß sich der Lockerungsprozeß innerhalb der französischen Parteien fortsetzt und zu einer vernünftigen Umgruppierung führt, die das politische Leben des Landes von sterilen Schablonen und schädlichen Fiktionen befreit. Ob Frankreich von einer Links- oder einer Rechtsmehrheit regiert wird, ist weniger entscheidend als die Tatsache, daß diese Mehrheit einigermaßen homogen zusammengesetzt ist und sich nicht ständig auseinanderzerrt.

Ein besonderes Gesicht gab der Regierungskrise auch die erstmalig gegebene Möglichkeit, den Parlamentsauflösungsparagraphen der Verfassung spielen zu lassen. Dazu war es erforderlich, daß eine Regierung frühestens 18 Monate nach der letzten Parlamentswahl mit absoluter Mehrheit gestürzt wird. Erlebt ihre Nachfolgerin in einer Frist von 18 Monaten das gleiche Schicksal, hat sie verfassungsmäßig das Recht, das Parlament aufzulösen. Mit der Rückkehr zu den Wählern vermag daher die 19. Regierung der IV. Republik die Abgeordneten unter Druck zu setzen. Nur wenige Parlamentarier gehen gerne das Risiko der Neuwahl ein, weil neben dem Gedanken des Mißerfolges die hohen finanziellen Kosten ins Gewicht fallen. Ein geschickter Taktiker vermag mit dieser Auflösungswaffe viel zu erreichen, zumal die Verfassung den Ministerpräsidenten ermächtigt, selbst nach Stellung der Vertrauensfrage im Amt zu bleiben, wenn sich nicht

bei der entscheidenden Abstimmung die absolute Mehrheit der Versammlung gegen ihn aussprach. Eine Niederlage mit kleinerer Mehrheit, die infolge zahlreicher Stimmenthaltungen im französischen Parlament die Regel ist, verpflichtet ihn nur moralisch, aber nicht staatsrechtlich zum Rücktritt.

Europa- und Atlantikpolitik traten bei der letzten Regierungskrise nur zweitrangig, als wohlgefällige Vorwände in Erscheinung. Der Kampf wurde auf doppelter Ebene geführt: Verteidigung oder Beseitigung gemeinschaftsschädlicher Wirtschaftsprivilegien; Beibehaltung oder Wechsel des führenden politischen Personals. Die Anspielungen auf

die neutralistischen und anti-europäischen Absichten von Mendès-France entbehrten der Berechtigung. Seine Regierungserklärung war in dieser Beziehung selbst für mißtrauische Beobachter beruhigend. Schließlich verpflichtete er sich, im Gegensatz zu dem sehr europäischen René Mayer, für die Ratifizierung der Europaarmee die Vertrauensfrage zu stellen. Nur mit einem Höchstmaß politischer Verständnislosigkeit konnten einige französische Zeitungen versichern, Bidault sei gegen Mendès-France wegen dessen lauer Haltung gegenüber der Europaarmee gewesen. Bidault dachte dabei ausschließlich an seine eigenen Ministerpräsidenten-

tenchancen nach dem Fehlschlag des anderen Kandidaten. Was die Europaarmee betrifft, ist seine eigene Lauheit, die in taktischen Verzögerungsmanövern ihren Ausdruck findet, hinter den Kulissen hinreichend bekannt.

An der französischen Außenpolitik vermag übrigens keine Regierung etwas zu ändern, wie sie auch immer zusammengesetzt ist, selbstverständlich mit Ausnahme einer kommunistischen Diktatur. Frankreich muß und wird den atlantischen und europäischen Weg weitergehen, einfach weil es keine Alternativlösungen gibt und bisher die Europagegner nichts anderes positiv vorzuschlagen hatten. (fr.)

England und die Bermuda-Konferenz

Die zur Krönung in London versammelten Regierungschefs des Commonwealth bekundeten Sir Winston Churchill ihre volle politische Übereinstimmung. Das bedeutet nicht, daß nun plötzlich aller Konfliktstoff innerhalb des britischen Staatenbundes bereinigt wäre, denn interne Streitfragen zwischen einzelnen Commonwealth-Mitgliedern werden bei dem periodischen „Meinungsaustausch“ taktvoll übergangen, aber die Besucher aus Übersee haben sich von der taktischen Berechnung von Churchills kühnem diplomatischen Vorstoß überzeugen lassen und ihm bewußt den Rücken für die Bermuda-Konferenz gestärkt. Wenn der linkssozialistische „New Statesman and Nation“ darüber hinaus glaubt, daß Churchill seine Kollegen angesichts der Vertagung der Zusammenkunft mit den amerikanischen und französischen Regierungschefs um ihr Einverständnis zu einem privaten Treffen mit Malenkow vor der Bermuda-Konferenz gebeten hat, so scheint hier doch der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Man weiß in London sehr wohl, daß das beabsichtigte Abstimmen der westlichen Auffassungen vor einer Viermächtekonferenz mit Rußland in Moskau den Ärger und die Furcht vor einer Einheitsfront des Westens verstärken muß, aber außer den

Amerika-Kritikern auf dem linken Flügel der Arbeiterpartei gibt es in England niemanden, der deshalb eine Trübung der Beziehungen mit den westlichen Alliierten in Kauf nehmen möchte.

In verantwortlichen politischen Kreisen Londons betrachtet man die Bermuda-Konferenz keineswegs nur als Vorbereitung und Auftakt für eine spätere Zusammenkunft mit Stalins Epigonen. Eine neue Manifestation westlicher Solidarität wäre auf alle Fälle wünschenswert, nachdem die streitbaren Reden einiger republikanischer Senatoren und der folgende Chorus im isolationistischen Lager wieder einmal demonstriert haben, wie leicht britische Initiativen in Amerika Argwohn und Mißverständnisse auslösen können. Sie wäre um so wünschenswerter, als die Russen Präsident Eisenhowers Aufforderung, konkrete Beweise ihrer Verständigungsbereitschaft zu geben, nicht nachgekommen sind, sondern im Gegenteil ihre diplomatische Position durch Hinweise auf Potsdam versteift haben, die im Augenblick überflüssig sind. Sie wäre aber auch wünschenswert, um aller Welt klarzumachen, daß die zweifellos vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und London wirkungsvolle gemeinsame Aktionen nicht ausschließen.

In dieser Hinsicht erscheint es Churchill, der in Edens Abwesenheit das Auswärtige Amt mit souveräner Eigenmächtigkeit leitet, psychologisch wichtig, das offizielle Einverständnis der Commonwealth-Konferenz für seine fernöstliche Politik erhalten zu haben. Wenn Rot-China ehrlich bestrebt ist, einen Waffenstillstand in Korea zu schließen, so ist damit nach der Londoner Auffassung, die man auch in Canberra teilt, die Möglichkeit zu seiner späteren Aufnahme in die Vereinten Nationen gegeben. Wann — das hängt von der amerikanischen Reaktion ab. Diese Ansicht wird Präsident Eisenhower in Bermuda präsentiert werden, doch will man es deshalb nicht zu einem Streit mit Washington kommen lassen. Man hat in London immer Rot-China als selbständige Macht und nicht als Teil des kommunistischen Imperiums angesehen. Manche Beobachter in London betrachten die Behandlung des koreanischen Streitfalls als einen Prüfstein für Chinas wirkliche Ansichten, so wie Moskaus Haltung zum österreichischen Staatsvertrag zum Gradmesser der russischen Verständigungsbereitschaft geworden ist. Zeigt sich Peking in Korea zu Konzessionen bereit, so werden die Commonwealth-Politiker dies als Bestätigung ihrer Analyse der fernöst-